



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

Schule in Corona-Zeiten gestalten und organisieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die durch den Gesundheits- und Infektionsschutz vorgegebenen Einschränkungen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie stellen das schleswig-holsteinische Schulwesen mit allen Beteiligten vor bisher unbekannte Herausforderungen. Bis zu dem Beginn der Sommerferien Ende Juni 2020 wird eine Rückkehr zum regulären Schulbetrieb nicht möglich sein.

Diese Situation erfordert neue Wege und neue Lösungen, wie wir Lernangebote organisieren können – und das in sehr kurzer Zeit. Die Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulaufsicht und das Bildungsministerium haben hier einen guten Job gemacht und die Schülerinnen und Schüler in dieser schwierigen Phase kräftig unterstützt. Hierfür spricht der Landtag ihnen seinen großen Dank aus.

Um das Schuljahr für die Schülerinnen und Schüler so zu Ende zu bringen, dass sie möglichst wenige Nachteile aus der besonderen Corona-Situation haben, hat die Landesregierung bereits eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Für uns ist klar, dass jede Schülerin und jeder Schüler ein Recht auf Bildung hat und besondere Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Chancengerechtigkeit zu gewährleisten und soziale Isolation möglichst zu vermeiden.

Mit Hilfe der Schulen und der Schulträger konnte die Durchführung von Abschlussprüfungen erfolgreich organisiert werden. Diese sind auch eine große Herausforde-

rung für die Schülerinnen und Schüler, die die Abschlussprüfungen aber gut meistern. Hierzu und auch für das Hochfahren von Schule wurde eine Handlungsempfehlung zu Infektionsschutz und Hygienemaßnahmen erarbeitet.

Der Landtag unterstützt das vom Bildungsministerium erarbeitete Konzept zur Umsetzung des von der KMK am 28.04.2020 beschlossenen Rahmenkonzepts zur Wiederaufnahme des Unterrichtes an den schleswig-holsteinischen Schulen. Er begrüßt, dass die Schulen die Möglichkeit bekommen, dieses Rahmenkonzept unter Berücksichtigung regionaler und lokaler Gegebenheiten und Bedarfe umzusetzen. Auch der Samstag kann in Eigenverantwortung der Schulen als Unterrichtstag genutzt werden, wenn dies notwendig und gewollt ist.

Präsenzunterricht und digitale Lehr- und Lernangebote müssen auch nach der Krise ein dauerhafter Bestandteil des Schulalltags werden. Es ist in dieser Situation besonders wichtig auf Grundlage der Fachanforderungen flexible Unterrichtsangebote zu ermöglichen und zu gewährleisten, damit ein guter Übergang in das kommende Schuljahr erreicht werden kann. Der Landtag bittet das Bildungsministerium, ein Konzept zur Nutzung der Sommerferien für Angebote für Kinder und Jugendliche mit besonderem Bedarf unter Einbeziehung außerschulischer Partner zu erarbeiten. Die Angebote sollen möglichst flächendeckend und unter Einbeziehung der Perspektivschulen stattfinden.

Chancen der Digitalisierung nutzen

In den kommenden Wochen müssen die digitalen Lehr- und Lernangebote ausgebaut werden, um das Lernen auf Distanz zu optimieren. Die Landesregierung wird gebeten, insbesondere folgende Punkte dabei umzusetzen:

- Es ist anzustreben, für die schulische Bildung eine standardisierte digitale Infrastruktur mit zentral bereitgestellten Lehr- und Lernangeboten zu schaffen.
- Die Angebote des IQSH für die digitale Bildung sollen weiter ausgebaut sowie ein landesweites Lernmanagementsystem an den Schulen etabliert werden. Schulische Lernangebote sollen auch über Videokonferenzen ermöglicht werden, um so ein Lernen innerhalb eines Klassenverbandes aufrechterhalten zu können. Videokonferenzen bieten ferner die Möglichkeit einer direkten Interaktion.
- Die vom IQSH im Bereich der digitalen Bildung schon zahlreich angebotenen Schulungsprogramme für Lehrkräfte sollen weiter ausgebaut werden. Neben der Möglichkeit von Webinaren sollen auch on-demand-Angebote zur Verfügung gestellt werden.
- Weitere kommerzielle digitale Lernangebote sollen möglichst unkompliziert in den Unterricht integriert werden können, wenn dies pädagogisch sinnvoll ist.
- Leistungen in Lernangeboten ohne Präsenzunterricht sollen auch eine Bewertung erfahren können.

- In Abstimmung mit dem Bund und den Ländern soll angestrebt werden, dass Mittel aus dem DigitalPakt Schule auch jetzt schon für die Anschaffung von digitalen Endgeräten genutzt werden können. Dies soll ohne Verzögerung geschehen. Dabei soll auch geprüft werden, wie Schülerinnen und Schülern, die keine eigenen digitalen Endgeräte im Haushalt haben, solche zur Verfügung gestellt werden können. Auch ein Internetzugang für alle Schülerinnen und Schüler muss sichergestellt werden.
- Das angekündigte Sofortausstattungsprogramm des Bundes für Schulen soll schnellstmöglich zur Verfügung gestellt werden. Das Land wird zu dem gebeten ein zusätzliches Landesprogramm aufzulegen.

Tobias von der Heide
und Fraktion

Ines Strehlau
und Fraktion

Anita Klahn
und Fraktion